

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Montag, den 26. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 117 53-54

„Der Feind steht rechts!“

Erklärung der Regierung und der republikanischen Parteien.

Laufende begehrten Einlass in das Reichstagsgebäude zu der außerordentlichen Sonntagsitzung, nur Hunderte konnten ihn erhalten, doch wir hätten uns gewünscht, daß Millionen und aber Millionen von Deutschen diese vernichtende Abrechnung mit der monarchistischen Wundreaktion, diesen Ausschrei der Verachtung, des Jornes und des Hasses aller deutschen Republikaner gegen die blutbedeckten Schuldigen als Augen- und Ohrenzeugen hätten bewohnen dürfen. Ja, wir hätten gewünscht, die ganze politisch interessierte Welt auch außerhalb der deutschen Grenzen hätte diesem erhebenden Schauspiel zusehen können, das an Wucht und Größe die ergreifende Trauerkundgebung des Vorabends noch übertraf.

Was Otto Wels als erster Redner an leidenschaftlichen Anklagen gegen die Deutschnationalen mit unermüdlicher Wucht vorbrachte, sprach den Hunderttausenden von Berliner Profetariern aus dem Herzen, die kurz vormid im Lustgarten ihre Empörung geschrien hatten; durch seinen Mund verkündete das arbeitende deutsche Volk, daß Schluß, aber diesmal wirklich Schluß gemacht werden mußte. Dabei enthielt Wels unter spannendem Interesse der Zuhörer an der Hand eines aufsehenerregenden Dokumentes den engen Zusammenhang zwischen dem gelungenen Griesbacher, dem mißglückten Kaffeler und dem leider ebenfalls gelungenen Brunewaldertentat. In seiner rücksichtslosen Brandmarke der deutschen Justizhande, der deutschnationalen Brosschmach fand unser Redner auf der gesamten Linken des Hauses die kräftigste Unterstützung, die sich zu minutenlangem Beifall steigerte, als er unter anderen schärfsten Gegenmaßnahmen das Verbot der schwarzweißroten Mörderfahne forderte. Seine Schlussrufe: „Nieder mit der Reaktion! Es lebe die Republik!“ entfesselten auf allen Abgeordnetenbänken der Linken und auf allen Tribünen einen langanhaltenden, donnernden Beifall.

Daß der Landesgerichtspräsident und Vorsitzende der Zentrumsfraktion Dr. Marg nicht die gleichen Töne fand, und insbesondere in den Fragen der Justizhande einen behutameren Standpunkt einnahm, wird niemand überraschen. Dennoch war, als Ganzes betrachtet, inhaltlich, in der Form und im Vortrag die Rede des Zentrumsführers sehr erfreulich. Das rückhaltlose Bekenntnis zur Republik, das er bei dieser Gelegenheit ablegte, und der scharfe Trennungsschritt nach rechts, den er zog, war in dieser Stunde doppelt wertvoll und wird hoffentlich der Leistung der Politik des gesamten Zentrums in allen Parlamenten Deutschlands nunmehr dauernd bleiben, nicht nur zwischen der Ermordung und dem Begräbnis eines republikanischen Staatsmannes.

Was der Sprecher der Mörderpartei, die ehemalige königlich preussische Erzherzogin Dr. Hergt, zu sagen hatte, wollte die sozialdemokratische Fraktion nicht mit anhören. Da sie das verfassungsmäßige Recht eines Abgeordneten, das Wort zu erheben, nicht antasteten wollte, verließ sie lieber geschlossen den Sitzungssaal. Von Herrn Hergt, der in allen Volkssammlungen, in denen er auftritt, auf dem Gebiete des pöbelhaftesten Antisemitismus kaum hinter einem Wulle und einem Bestarp zurücksteht, war ein Abrücken von dem völkischen Flügel seiner Partei nicht zu erwarten; deshalb ist und bleibt in unseren Augen die Deutschnationalen Partei die Mörderpartei. Schade um die paar anständigen Elemente in ihr, die sich von dieser Mördergesellschaft noch immer nicht trennen können.

Das kurze, wichtige Eingreifen des Reichsjustizministers Gen. Radbruch erwähnen wir an anderer Stelle. Wir wollen noch auf das energische Eintreten des unabhängigen Redners Crispian hinweisen, dem wir im allgemeinen zustimmen können und kommen zu dem Ereignis des Tages, zu der Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning.

Ereignis? Noch mehr! Ein Erlebnis, wie es vielleicht ein deutsches Parlament noch nicht gekannt.

Man entfinne sich seiner feierlichen Ankündigung nach der Ermordung Erzbergers: Wenn es zu einer Kraftprobe zwischen Reaktion und Arbeiterkraft kommen sollte, dann würde er auf Seiten der Arbeiter stehen. Nun, Dr. Brüning hat sein Wort gehalten. Seine gestrige Rede, in der er mit Bewunderung von dem mustergültigen Aufmarsch der Berliner Profetariern nach dem Lustgarten und von der furchtbaren Kraft, die in diesem schlummernden Vulkan steckt, sprach, seine lobende Hervorhebung des internationalen Strebens der Sozialdemokratie nach Völkerverständigung, sie waren der Beweis dafür, daß er nach diesem neuen entsetzlichen Ereignis nicht nur fest geblieben, nein fester geworden ist.

Doch über den innerpolitischen Rahmen hinaus wuchs seine Rede zu einer ergreifenden und leidenschaftlichen Mahnung an die Entente, endlich von ihrer bisherigen verderblichen Politik abzusehen, die dazu führt, daß kein deutscher

Staatsmann mehr für die Verständigung wirken kann, ohne zu wissen, ob er die nächste Stunde überhaupt überleben wird. Sie war so tief erschütternd, daß diese Worte selbst den härtesten Feind hätten befehlen sollen. Es war ein Schrei aus der seelischen Not eines großen Volks. Möge die Menschheit ihn hören!

In fieberhafter Erregung lautete der ganze Reichstag auch den folgenden Ausführungen des Kanzlers. Brausender Beifall unterbrach wiederholt seine Sätze, sein Schlussruf: „Der Feind steht rechts!“, den er mit anklagender Gebärde nach den Bänken der Hergt und Wulle schleuderte, entfesselte einen minutenlangen Sturm der Begeisterung, wie ihn der Reichstag selbst am Sonnabend nicht erlebte. Die Wirkung dieser Rede war so ungeheuer, die Zuhörer wurden so hingekissen, daß man beobachten konnte, wie ein deutschnationaler Abgeordneter bei der Erwähnung eines Gesprächs zwischen Rathenau und Lloyd George tief schluchzte — zu spät! — und wie in der Diplomatenloge ein Ententevertreter bei der Mahnung an die Siegermächte, endlich von der Gewaltpolitik abzulassen, in die Hände klatschte — ebenfalls zu spät!

Denn Rathenau's Platz bleibt verwaist, mit Trauerflor umhüllt und mit einem Rosenkranz geschmückt. Möge sein Tod nicht umsonst gewesen sein.

In der Sonntagsitzung des Reichstags waren die Tribünen überfüllt. Auch die Logen für die Abgeordneten der Länder sind überaus stark besetzt. An den Regierungsbänken haben mit dem Reichskanzler Dr. Brüning die Ministerpräsidenten der Länder Platz genommen.

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 45 Minuten. Er nimmt zunächst Stellung zu einem Zwischenfall, der sich vor der Sonabenditzung abgespielt hat und erklärt: Die furchtbare Erregung über die Mordtat an dem Reichsminister Dr. Rathenau hat gestern vor Beginn der Sitzung in diesem Hause zu Zusammenstößen geführt, die in der Presse vielfach unrichtig dargestellt wurden. Es wurde behauptet, der Abg. v. Schoch sei schwer verletzt worden und in München sollen Patate angeschlagen worden sein, wonach er halbtot geschlagen wurde. (Zurufe: Unhöflich!) Demgegenüber stelle ich fest, daß der Abg. v. Schoch weder die entsetzliche Tat gerechtfertigt hat, noch geschlagen wurde. Der Abg. v. Schoch erklärt selbst, daß von Schlägen keine Rede sei. Die Ursache zu dem Zwischenfall war ein Mißverständnis zwischen den Abgg. Brüninghaus und Stummeler. Beide Teile haben ihr Bedauern ausgesprochen, dem ich mich anschließe.

Die Besprechung der Regierungserklärung.

Abg. Wels (Soz.):

Eine Welle der Empörung und leidenschaftlichen Erregung geht über unser Land. Wut und Haß vernichte Herr Hefferich am 23. Juni in der Rede des Reichsministers Rathenau. Wut und Haß, blinde Wut und fanatischer Haß haben jetzt ihr Opfer gefordert. Von der Tribüne des Reichstages zu Wut und Haß aufgerufen, haben organisierte Mörderbanden ein Menschenleben gefaßt, das sich opferwillig ganz in den Dienst seines Volkes und Vaterlandes gestellt hat. (Sehr wahr! links.)

Die deutschhässliche Hehe

zeitigt ihre Erfolge. Die wüste Rassenhebe der sich germanisch nennenden Gewalttäter ist eine ungeheure Gefahr für die Zukunft unseres Staatslebens. Sie nennen sich „christlich“, diese Heher. Die Gefahr ist so groß geworden, daß sich allen nur der eine Gedanke aufdrängt: Es ist genug! Bis hierher und nicht weiter! (Erneute Zustimmung links.) Allen den Provokateuren aber sage ich das eine: Dieser Jude, den Sie gefaßt haben, war ein so guter Deutscher, wie nur je einer in Deutschland einmal geboren worden ist. (Sehr wahr! links.) Und dieser Jude war ein wahrer Christ, mehr als einer, von denen sich so nennen darf, die heute die Mörderbanden im Lande bewaffnen und besolden.

welt mehr auch als die ganze christliche deutschnationalen Presse, die die politischen Mordmorde der Vergangenheit feiert, das mißglückte Attentat auf Scheidemann zum Anlaß nahm zu Spott und Hohn und die vergiftete Atmosphäre geschaffen hat, in der allein diese Tat gedeihen konnte. Wir haben davon gewarnt, durch die Mittel der Demagogie unser Volk in immer tieferes Unmaß zu stürzen. Unsere Mahn- und Warnrufe verhallten ungehört und deshalb verzieht ich heute darauf, nochmals zu warnen. Aber hören Sie die Stimme des Toten, hören Sie, was er, der heute mit zerrissenem Körper auf dem Leinwand liegt, prophetisch verkündete, als die notwendige Folge dieses demagogischen Treibens! Hören Sie die Anklage, die der Tote Ihnen ins Gesicht ruft! Halten Sie Einkehr! Der Redner verliest die unseren Lesern aus der Sonntagsnummer bekannten Neuerungen Rathenaus über die Folgen der Demagogie. (So hat der Tote im voraus die Heuchelei beurteilt,

die jetzt aus den Spalten der deutschnationalen Presse spricht, wenn sie zu der Mordtat Stellung nimmt. (Sehr wahr! links.)

Die Deutschnationalen Partei hat niemals eine scharfe Grenzlinie gegen die deutschhässliche Bewegung gezogen, in der die Mörder zu suchen sind. Die deutschhässliche Bewegung ist heute noch ein Teil der Deutschnationalen Partei. (Zuruf

links: Wulle!) Ja, wie uns scheint, sind die Deutschhässlichen sogar der einflussreichste Teil der Deutschnationalen. Darum und nicht etwa, weil wir glauben, daß die offiziellen Führer der Deutschnationalen Partei den politischen Mord begünstigen — darum machen wir die

Deutschnationalen Partei für den Mord verantwortlich.

(Zustimmung links.) Von dieser Verantwortung kann die Partei sich nur freimachen, wenn sie die Grenze zieht zwischen sich und den Deutschhässlichen und hilft, die deutschhässlichen Mordnestler auszuhacken. Ich frage die Deutschnationalen: Sind Sie bereit dazu, das zu tun? (Rufe links: Antwort! Antwort!) Dann kann ich feststellen: Bisher haben die Deutschnationalen das Gegenteil davon getan. Es konnte ja auch gar nicht anders sein; denn sie bilden ja mit jener Gruppe, auf deren äußersten Flügel die Mörderorganisationen sitzen, ein solidarisches, einheitliches Parteigebilde. (Sehr wahr! links.) Die Deutschnationalen Partei bildet für die Mörder das schützende Dach. (Lebh. Zustimmung links.) Sie (nach rechts) könnten der Hydra des politischen Mordmordes den Kopf abschlagen, wenn Sie wollten. Sie haben das Gegenteil davon getan. Das Gegenteil hat vor allem einer von Ihnen getan: Hefferich! (Stürmische Zurufe links: Wulle! Wulle!) Hefferich war der Führer der Hergt gegen Erzberger. Er trieb den persönlichen Kampf in vollendeter Gehässigkeit so lange, bis der Mann tot am Boden lag. Mühte das nicht Hefferich zur Vorsicht mahnen? Er hat sich durch seine Erfahrungen nicht abzeichnen lassen, er hat die Hege fortgesetzt, und dieser Mann, Hefferich, von dem das mildeste Urteil lautet, daß er sich der Tragweite seiner Handlungen nicht bewußt ist, daß er moralische Hemmungen nicht kennt, das ist ein Führer der Deutschnationalen Partei. Möge dieser Mensch endlich aus dem öffentlichen Leben verschwinden. Das ist der einzige Dienst, den er seinem Volke noch leisten kann.

Wir fordern ein rücksichtsloses Vorgehen

der Regierung gegen die Geheimorganisationen, rücksichtsloses Verbot aller Regimentsfeiern und Appelle und rücksichtsloses Zugreifen von der Regierung, die uns im Namen des deutschen Volkes dafür haften ist. Wir erkennen die Schwierigkeiten, die in dem reaktionären Beamtenheer einem wirkungsvollen Schutz der Republik entgegenstehen. (Zuruf links: Aufstöhnen!) Wer der Republik nicht dienen will, soll darauf verzichten, in ihrem Dienst zu sein.

Wir fordern, daß der Zustand der Verordnung auf das schnellste abgeändert wird durch gesetzgeberische Maßnahmen, die die Mängel beseitigen, die wir heute noch in der Verordnung des gestrigen Tages erblicken.

Die

Justiz in Deutschland ist ein Skandal.

der zum Himmel schreit. (Lebhafte Zustimmung links. — Zuruf des Abg. Hoffmann (Soz.): Wer ist denn verantwortlich dafür?) Glauben Sie, daß es einen Menschen gibt, der den Freispruch Killingers und den Wahrpruch der Geschworenen versteht? Dieser Freispruch wird aber einem jeden verständlich, wenn er erfährt, daß der die Anklage vertretende Staatsanwalt es abgelehnt hat, den Beamten zu vernehmen, der die Spur Killingers entdeckte, und der Zeugen anrufen konnte, daß Killinger, ehe es ihm gelang, Schulz und Illiesien als Mörder für Erzberger zu dängen — an mehrere Personen in München herangetreten war, um sie unter Geldangebot für den Mord an Erzberger zu gewinnen. (Lebh. hört, hört! links.) Hier ist der Fall, der den Staatsgerichtshof zuerst zu beschäftigen hat.

Das deutsche Volk ist gutmütig.

ist leicht vergehlich. Wir wäre es sonst möglich, daß jetzt in der Liquidierung des furchtbaren Krieges die Reaktionäre so dreist wieder auftreten könnten! Wie bei dem Zusammenbruch, so sind die Rationalisten und ihre Presse auch heute in Feigheit und Gewissenlosigkeit dabei, die Schuld auf andere zu wälzen. Sie arbeiten geschlossen daran, die Spuren der Mörder verwischen zu helfen. Etwas anderes ist es nicht, wenn das „Deutsche Tageblatt“ plötzlich erklärt, eine Weibergeschichte stecke hinter dem Attentat. (Zuruf links: Pöbel! Empörung!) Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, man solle die Attentäter in links stehenden Kreisen suchen. Andere Rechtsblätter wieder suchen das Attentat mit dem Vertrag von Rapallo in Verbindung zu bringen. All diese Redereien und Schwärzereien dürfen das Volk nicht irremachen, und wir betonen: Unsere Nachsicht mit den Mördern ist zu Ende!

Schuldig an dem Verbrechen sind nicht nur die, die Kopf und Hand dafür hergaben, sondern auch jene Presse, die ihre Gelder zur Verfügung stellte. Das Vermögen dieser Schurken möchte dem Staat verfallen sein und eingezogen werden. (Zustimmung links.)

Dann aber in dieser ersten Stunde eine Warnung: Jeder Versuch irgendeiner Behörde, die Verordnung gegen die linksgerichtete Arbeiterkraft anzuwenden, muß und wird von der Arbeiterkraft entschlossen zurückgewiesen werden. Verschwinden müssen die reaktionären Symbole der alten Monarchie.

Wir Sozialdemokraten haben und werden in der roten Fahne das Symbol unseres Kampfes für Völkerverständigung. Wir sehen in den schwarzgoldenen Fahnen das Bekenntnis zur Republik und zum friedlichen Aufbau. Die schwarzweißrote Fahne hatte früher viele Anhänger, die durch die Lehren des Krieges in unsere Reihen kamen. Heute ist die

schwarzweißrote Fahne die Mörderfahne.

(Lebh. Beifall links; Händeklatschen auf den Tribünen.)

Mit harter Faust muß jetzt zugegriffen werden, denn die Gefahr wächst. Die Mörderzentralen versuchen

In allen Städten unseres Landes Mörder

zu werben. Am 3. Mai empfing der Bruder Illessens, der Mörder Erzbergers, einen Agenten, um ihn über seine Aufgaben zu informieren. In dieser Instruktion entwickelte Illessens sein Programm, das in der Wiedererrichtung der Monarchie gipfelte, allerdings ohne Wilhelm II. Er sagte, es müsse mit aller Energie und mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden. Als eines dieser Mittel bezeichnete er Proklamationen. Und die Reichswehr rechnete er zur hauptsächlichsten Stütze der Reaktion (Er. Unruhe im Hause! Stürmische Rufe links: Ein Skandal! Unerhört!) Daß die Reaktion bei den aus den Proklamationen sich ergebenden Unruhen und Gewalttaten die Oberhand behalten werde, war für Herrn Illessens selbstverständlich. Auf eine Frage des Agenten, was er denn unter Proklamationen verstehe, nahm Herr Illessens das Bild seines Bruders, des Erzberger-Mörders, vom Schreibtisch mit den Worten: „Das ist mein Brüderchen, der hat das erste Schwein getötet.“ (Lebh. Pfuirufe links. Er. Unruhe im Hause.) Am Bahnhof drückte Illessens dem Agenten dann 20 000 M. in bar und ein Billet für den D-Zug nach München — natürlich — in die Hand. Hier wurde der Agent am 5. Mai beim Kapitänleutnant Hoffmann eingeführt, der die Leitung der Organisation „Consul“ hatte. Hier erhielt der Mann weitere 2000 M. Herr Hoffmann erklärte, das beste Mittel zur Befreiung der Demokratie sei die **Beseitigung linksgerichteter Führer.**

(Hört! Hört!) Nach Erzberger lämen vielleicht Minister Rathenau und Scheidemann in Frage. Der Agent erhielt den Auftrag, hier in Berlin einen ihm unbekanntem Herrn aufzusuchen und diesen nach Kassel zu begleiten, um ihn dort über die örtlichen Verhältnisse zu informieren. Hier haben wir es zweifellos mit dem Mann zu tun, der das mißlungene Attentat auf Scheidemann begangen hat. (Hört! Hört!)

Wir fordern die Verfolgung und Aufhebung dieser Geheimorganisationen, rücksichtslose Verhaftung der Verdächtigen, gleichviel, ob sie aktiv oder als Geldgeber der Mordorganisationen sich betätigen, Verbot der Regimentsfeiern und Appelle.

Verbot der schwarzweißen Mörderjahne.

Reorganisation vor allem der Reichswehr und Reinigung der Schupo von allen reaktionären Elementen. Wir fordern die Reorganisation der Justiz und auch besonders der Staatsanwaltschaft. (Lebhafte Beifall.)

Das ist notwendig, wenn wir daran denken, daß in Preußen tatsächlich an Stelle des erkrankten Herrn Jahnhoff der Staatssekretär Rüggele die Geschäfte führt, von dem wir sagen können, daß es gleich wäre, ob an seiner Stelle gleich Herr Hergt die Staatssekretärsgeschäfte für Justiz in Preußen in der Hand hätte. (Sehr gut!) Und auf der gleichen Höhe steht unser Vertrauen zur Justiz in Preußen, wenn wir daran denken, daß der Personalreferent im Justizministerium der Vorsitzende des deutschnationalen Wahlvereins in Rankwitz ist (Lebh. Hört! Hört!), daß diesem deutschnationalen Parteigänger die Staatsanwaltschaften des ganzen östlichen Preußens unterstellt sind.

An die Arbeiterschaft richte ich den Rühruf: Daß Euch nicht prozieren! Macht die Hoffnungen der Reaktion auf Putsch und Gewalttätigkeiten zu schanden, schließt Euch zusammen zum Schutze der Republik. In Eurer Hand liegt die Zukunft unseres Volkes. Nieder mit der Reaktion! Es lebe die Republik! (Von anhaltender stürmischer Beifall links, in der Mitte und auf den Tribünen.)

Hg. Marx (3): Eine ungeheuerliche Tat hat nicht nur im Kreise unserer Partei, nicht nur im deutschen Volke, sondern auch in Kreisen des Auslandes eine außerordentliche Erbitterung hervorgerufen. Der Mann, der jetzt ermordet vor uns liegt, war der Besten einer, ein untadliger Charakter, ein Mann von hohem Gedankenflug und reinem Herzen. Wie gewissenlose Mörder sich gerade einen solchen Mann als Opfer ausersehen konnten, ist mir geradezu unverständlich.

Aus einer weit über Deutschlands Grenzen hinaus angelegenen Stellung hat er sich auf den ersten Ruf des Präsidenten in den Dienst des Staates gestellt. Uns dieses Mannes gerade in der heutigen Zeit, gerade jetzt, wo wir in so schweren Verhandlungen mit dem Auslande stehen, durch Würdertugeln beraubt zu haben, damit hat man ein Verbrechen an Deutschland begangen, das durch irdische Strafe nicht zu sühnen ist.

Der Bestand der Republik ist wieder in Gefahr.

Wir stehen an einem Wendepunkt unserer Geschichte. Jeder, der es mit unserem Staatswesen und mit der Reichsverfassung ernst meint, ist jetzt verpflichtet, mit aller Energie, mit allem Ernst zur Staatsform und zur Verfassung Stellung zu nehmen, Wanken und Schwanken gibt es nicht mehr. Es muß entschieden werden: Die Republikaner, die Andersdenkende. (Lebhafte Beifall.) Wer Gegner der Verfassung ist, möge es offen sagen, aber er ist dann auch Gegner des deutschen Volkes. (Stürmischer Beifall.)

Ich kann nicht verschweigen, daß die deutschnationalen Presse seit Monaten darauf ausgeht, in geradezu unverantwortlicher Weise die politischen Verhältnisse anzuspornen. Die Ueberschrift, die die „Deutsche Tageszeitung“ einem Artikel über das Attentat auf Scheidemann gegeben hat, hat auch mir wirklich die Schamröte ins Gesicht getrieben.

Das Zentrum stellt sich einmütig hinter die Regierung und erklärt die Verordnung des Reichspräsidenten für durchaus begründet und gerechtfertigt. Nicht das patriotische Wortgeplänkel, die Häufung nationalistischer Phrasen ist nationale Gesinnung. Rational sind wir, die wir mit den Demokraten und Sozialdemokraten im Dienste des Vaterlandes positiv arbeiten. Niemals wird das Zentrum als politische Partei das vergessen, was unter dem alten Regime ihm mit Ausnahmegelesen angetan wurde. Wir billigen auch die weitere Ausdehnung der Strafbefugnis auf Beschimpfungen der Person des Reichspräsidenten und der Regierungsmitglieder. Dem Unfug auf diesem Gebiete muß endlich ein Ende gemacht werden.

Was es denn notwendig, daß die Deutsche Volkspartei sich am Samstag bei der Abstimmung über die Veröffentlichung der Reden des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten von den andern Parteien trennte? Es handelte sich doch darum, eine Rundgebung zu veranstalten.

Wir haben noch niemals Hindernisse in den Weg gelegt, wenn es sich um die Frage einer Erweiterung der bestehenden Koalition handelte. Helfferrich hat erklärt, daß er, weil er in der Platz zu Hause ist, Verständnis für die besetzten Gebiete hätte. Aber er scheint doch zu lange die Luft Berlins geatmet zu haben, er kennt nicht mehr, was uns wirklich drückt am Rhein, sonst hätte er nicht in der Art gesprochen, wie er es am Freitag getan hat.

Die Agitation gegen das Umlageverfahren, die in bäuerlichen Kreisen der Rheinprovinz getrieben wird, die der Rechten nahesteht, wird von der französischen Besatzung benutzt, um die Rheinprovinz in ihrer Treue gegen Deutschland zu erschüttern. Es ist geradezu unverantwortlich, wenn in dieser Weise, wie es Herr Helfferrich tat, hier von der Tribüne geredet wird.

Auch von dieser Stelle aus möchte ich den Alliierten zurufen, daß sie im eigenen Interesse gut daran tun, einmal einen notwendigen Weg einzuschlagen. Ich schreibe mit der Erklärung: Wir treten hinter die Regierung, wir vertreten einmütig bis zum letzten Mann die Politik, die vom Reichskanzler Wirth, unserem Wirth, in Deutschland inauguriert und durchgeführt worden ist.

Hg. Dr. Hergt (Dnat.) wird beim Betreten der Rednertribüne von der Linken mit stürmischen Entrüstungsrufen empfangen. Die Sozialdemokraten verlassen geschlossen den Saal. Lebehour ruft: Hier bleiben! Wir wollen den Angeklagten Hören- und Hören- anmerken!

Dem Präsidenten Löbe ist es fast unmöglich, Ruhe herzustellen. Der Redner wird fast nach jedem Satze von der äußersten

Linken mit stürmischen Rufen, wie „Heuchler“ und „Mörder!“, „Unerschämtheit!“ und „Frechheit!“ unterbrochen.

Hergt erklärt, daß die Deutschnationalen Volkspartei von tiefster Entrüstung und Empörung über die verruchte Tat erfüllt ist, der Minister Rathenau zum Opfer gefallen ist, und anerkennt, daß außerordentliche Maßnahmen der Reichsregierung nötig sind. Er bemängelt aber, daß diese Verordnung sich ausschließlich gegen die Rechtsparteien richtet und befürchtet, daß der Staatsgerichtshof schon in seiner Zusammensetzung einen politischen Charakter erhält. Die Deutsche Volkspartei wird daher die Verordnung als mit dem Geist der Verfassung nicht vereinbar bekämpfen. (Bravol rechts. Lebhaftes Pfuirufe links.)

Reichsjustizminister Dr. Radbruch:

Die Verordnung des Reichspräsidenten ist aus einer Notlage erwachsen, die durch Ausschreitungen und Kundgebungen rechtsradikaler Kreise entstanden ist. Jergendwelcher Anlaß zu Befürchtungen linksradikaler Ausschreitungen liegt nicht vor. (Lebhafte sehr richtig! links.) Eine Verordnung, die sich auf bisher gar nicht vorliegende linksradikale Ausschreitungen mitterstrecken würde, würde dem Geist des Artikels 48 der Reichsverfassung widersprechen.

Beforgnisse der Arbeiterschaft, daß auch diese Verordnung gegen links angewendet werden würde, sind völlig unbegründet.

Die Fassung „Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform“ ist nach eingehender Prüfung gewählt worden, um klarzustellen, daß rechtsradikale Gewalttaten gemeint sind.

Weiter habe ich zu bemerken: Die lange Liste der ungeführten Verbrechen gegen linksstehende Politiker läßt, das betone ich hier nicht zum erstenmal, die von den sozialistischen Parteien längst geforderte Amnestie unerlässlich erscheinen. (Lebhafte Bravol links.)

Ich darf im Namen der Reichsregierung erklären, daß das Gesetz zum Schutze der Republik, das dem Reichstag alsbald zugehen wird, die politische Amnestie bringen wird (Erneutes Bravol links), und ich gebe der besten Erwartung Ausdruck, daß sie durch weitgehende Amnestien der Länder ergänzt werden wird. (Lebhafte Beifall bei der Rede.)

Hg. Crispian (U-Soz.): Wer dem Abgeordneten Hergt während seiner Rede ins Gesicht sah, der hat deutlich das Kreuzzeichen gesehen, das auf seiner Stirn steht. Wir wissen sehr wohl, daß die Deutschnationalen sich, solange ihre Kreaturen in den beherrschenden Stellen der Verwaltung und der Justiz befinden, Ausnahmeverordnungen nicht zu fürchten haben. Um so mehr hat die Arbeiterschaft die Pflicht, auf dem Posten zu sein. Der gemeinliche Minister war unser politischer Gegner, aber er genoss auch als solcher durchaus unsere Achtung, weil er das Beste für das deutsche Volk erstrebt hat. Als Mensch und Charakter haben wir den Mann kennengelernt, der von einer Bestie ermordet wurde. Die Behauptung des Hg. Hergt, die Deutschnationalen seien nicht schuld an dem Verbrechen, kann nicht bewiesen werden, sie ist nichts als eine Spiegelfechtere. (Lebh. Sehr richtig! links.) Zahlreiche Pressestimmen und Kundgebungen aus dem Lager der Rechtsparteien haben die Atmosphäre geschaffen, die zum Mord führte. In Eibersfeld haben z. B. nach dem Bekanntwerden der Ermordung Rathenaus Hakenkreuzer Siegestlieder gesungen. (Stürmische Entrüstungsrufe auf der Linken.) Hunderte von Beweisen liegen vor von der Wilschuld der Deutschnationalen. Sie zeigen, daß die Deutschnationalen Partei eine ausgesprochene Mörderorganisation ist. (Lebh. Sehr wahr! links.)

Wir haben dafür zu sorgen, der alten Offizierskaste, die jetzt nicht mehr in Massen morden kann und dafür gegen die eigenen Volksgenossen wütet, das Handwerk zu legen. Die Verbrecher müssen da ausgegerrt werden, wo man sie anrührt.

Dr. Rathenau hat für die Erkenntnis, daß wir die Welt aus der Knechtschaft des Kapitalismus befreien müssen, wenn wir zu einem wirklichen Frieden gelangen wollen, mit seinem Leben bezahlen müssen.

Die Ausnahmeverordnung muß durch gesetzliche Maßnahmen alsbald abgelöst und darf nicht in ihr Gegenteil verkehrt werden. Gegen den Staatsgerichtshof haben wir einige Bedenken.

Aus der Schupo und Reichswehr müssen alle Offiziere entlassen werden.

Das Vermögen der ehemaligen Landesfürsten muß zur Wiedergutmachung verwendet werden.

Wenn die Regierung versagt, dann zwingt sie die Arbeiter zur Notwehr, dann werden die Gewalttaten mit Gewalttaten beantwortet werden. (Stürmischer Beifall links.)

Reichskanzler Dr. Wirth:

Meine Damen und Herren! Es war nicht möglich, gestern den Werdegang des Ministers Rathenau und seine Verdienste um das deutsche Volk und die deutsche Republik ausgiebig zu würdigen. Es war auch nicht möglich — und ich persönlich möchte als sein Freund das mit besonderer Bewunderung tun —, über die großen Entwürfe seiner Seele zu sprechen. Allein, meine Damen und Herren, eins will ich heute in Ihrer Mitte doch sagen: Wenn Sie in Deutschland auf einen Mann, auf seine glänzenden Ideen, auf sein Wort, auf seine Initiative hätten bauen können, dann wäre es die Arbeit des Dr. Rathenau bezüglich der großen Schicksalsfrage der Alleinschuld Deutschlands am Kriege gewesen. Hier sind große Entwicklungen jäh unterbrochen worden, und die Herren, die die Verantwortung dafür tragen, können das niemals vor ihrem Volke wieder gutmachen.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Rede des Abgeordneten Dr. Hergt mit steigender Enttäuschung gefolgt. Ich habe erwartet, daß heute nicht nur eine Beurteilung des Mordes an sich erfolgte, sondern daß diese Gelegenheit benützt worden wäre, um einen Strich zu ziehen gegen die, gegen die sich die leidenschaftlichen Anklagen des Volkes in ganz Deutschland erheben. Ich habe erwartet, daß von dieser Seite heute ein Wort falle, um auch einmal die in ihren eigenen Reihen zur Ordnung zu rufen, die an der Entwicklung der Mordatmosphäre in Deutschland zweifellos persönlich Schuld tragen.

Wie weit die Vergiftung in Deutschland geht, will ich nur an einem Beispiel zeigen. Ich verstehe, daß man an der Politik der Regierung, an unserem Verhalten Kritik üben kann. Warum nicht? Ich verstehe auch ein scharfes Wort, verstehe auch Hohn und Spott im politischen Kampf, und ich verstehe auch die Verzerrung zur Karikatur. Ziel und Richtung unserer Politik aber sollte Gemeingut dieses ganzen Hauses sein. Ziel und Richtung unserer Politik ist die Rettung der deutschen Nation. (Lebhafte Zustimmung.) Die Methode, meine Damen und Herren, die ist strittig.

In Fragen der Methode aber sollten sich Söhne des deutschen Volkes mindestens mit der Hochachtung begegnen, die es uns ermöglicht, vor dem Auslande als eine einheitsliche Nation überhaupt aufzutreten.

(Stürmischer Beifall links und in der Mitte.)

Wenn wir nun die Politik der letzten Jahre überschauen, so hat es, wie ich Ihnen sagen darf, herbe Enttäuschungen gegeben. Tiefster Schmerz hat sich in unsere Seele dann und wann gesenkt, und wir haben das Zittern des deutschen Volkskörpers in seiner Arbeiter- und Beamtenerschaft erlebt. Nun glaubt ein Reichstagskollege, der von Forderungen über neue Beträge spricht, die notwendig sind, um die Arbeiter und Beamten in ihren Bezügen aufzubessern, in seinem Blatte folgendes schreiben zu können:

„Die jetzige Regierung ist in Wirklichkeit nur eine, vom Deutschen Reich zwar bezahlte, Angestellte der Entente, die ihre Forderungen und Vorschriften einfach zu erfüllen hat, sonst wird sie einfach auf die Straße gesetzt und ist brotlos.“

Können Sie sich eine größere Entwürdigung von Menschen denken, die, wie wir, seit Jahresfrist an dieser Stelle stehen! Steigt Ihnen (zu den Deutschnationalen gewendet) da nicht auch die Schamröte ins Gesicht? (Lebhafte Rufe: Romen nennen!) Das „Deutsche Tageblatt“, Herausgeber Reinhold Wulle.

Aber, meine Damen und Herren, die Sache hat noch eine größere Bedeutung: Hier liegt nicht nur eine redaktionelle Verantwortung vor, sondern dieser Artikel mit den ihm mächtigsten Beleidigungen ist ausdrücklich gezeichnet von Reinhold Wulle, Mitglied des Reichstags! Das ist (zu den Deutschnationalen gewendet) Ihr Kollege! Zum Schluss schreibt Wulle, der von uns sagt, daß wir Ententeleute seien, „daß das ganze System zum Teufel gejagt werden muß, weil wir in Berlin eine deutsche Regierung, aber keine Entente-Kommission brauchen!“

Wo ist von Ihrer Seite (zu den Deutschnationalen gewendet) im Laufe des Jahres ein Wort gefallen gegen das Treiben derjenigen, die die Mordatmosphäre in Deutschland tatsächlich geschaffen haben? Da wundern Sie sich über die Vermilderung der Sitten, die nun eingetreten ist. (Stürmische Zustimmung.)

Wir haben in Deutschland geradezu eine politische Verliertheit!

Meine Damen und Herren, ich habe die Briefe gelesen, die die unglückliche Frau Erzberger bekommen hat. Die Frau lehnt es ab, sie der Öffentlichkeit preiszugeben. Wenn Sie diese Briefe gelesen hätten, wenn Sie wüßten, wie man diese Frau, die den Mann verloren hat, deren Sohn rasch dahingestorben ist, deren eine Tochter sich dem religiösen Dienst gewidmet hat, gemartert hat! Man hat in diesen Briefen der Frau mitgeteilt, daß man die Grabstätte des Mannes beschmühen will, nur um Rache zu üben. (Lebhafte Unruhe und Erregung.)

Wundern Sie sich, wenn unter dem Einfluß der Erzeugnisse Ihrer Presse der letzten Tage Briefe an mich kommen, wie ich einen von gestern hier in der Hand habe, der die Ueberschrift trägt: „Am Tage der Hinrichtung Dr. Rathenaus!“ Wundern Sie sich dann, wenn eine Atmosphäre geschaffen ist, in der auch der letzte Funke politischer Vernunft erlosch? Ich will nur den Schlußsatz dieses Briefes vorlesen: „Am Guten habt Ihr Männer des Erfüllungswahnsinn auf die Stimmen derer nicht hören wollen, die von der Fortsetzung der Wahnsinnspolitik abrieten. So nehme denn das harte Verhängnis seinen Lauf, auf daß das Vaterland gedeihe!“ (Andauernde stürmische Erregung.)

Wollen wir aus dieser Atmosphäre — und das ist es doch, worauf es allein ankommt — wieder herauskommen, wollen wir gesund sein, dann muß das System des politischen Mordes endlich enden, das die politische Ohnmacht eines Volkes offenbart. (Lebhafte Zustimmung.)

Wollen wir aus diesem System heraus, so müssen alle, die überhaupt noch auf das liebe Himmelslicht Vernunft einen Anspruch machen, daran arbeiten, diese Atmosphäre zu entgiften. Und wie kann sie entgiftet werden?

Meine Damen und Herren! Sie können mir gewiß zurufen: Das ist eine Frage, die man zunächst an die Alliierten zu stellen hat! Nun, ich war Zeuge bedeutsamer Unterhaltungen unseres ermordeten Freundes mit den wichtigsten der alliierten Staatsmänner in Genua. Einen bereiteteren Anwalt in ernsthaften Gesprächen, einen bereiteteren Anwalt für die Freiheit des deutschen Volkes als Herr Dr. Rathenau hätten Sie ganz bestimmt nicht finden können!

Seine Art, die Atmosphäre vorzubereiten, die Behandlung der Probleme aus der Atmosphäre der Leidenschaft in eine ruhigere Erwägung und vornehmere Besinnung hinüberzuführen, das hat keiner so verstanden wie Herr Dr. Rathenau.

Ich war Teilnehmer und Zeuge eines Gesprächs mit dem ersten englischen Minister Lloyd George, in dessen Verlauf Dr. Rathenau ganz klar und ernsthaft sagte: „Unter dem System, unter dem uns zurzeit die Alliierten halten, kann das deutsche Volk nicht leben!“

Niemals habe ich einen Mann edlere väterländische Urdeel verriethen sehen als Dr. Rathenau.

Was aber war nach der rechtsösterreichischen Presse sein Motiv? Wenn ich in diesem Briefe lese, daß natürlich die Vorteile alle nur abgeschlossen sind, damit er und seine Judenpflicht sich bereichern können, dann können Sie wohl verstehen, daß

unter dieser „österreichischen“ Verhöhnung, unter der wir leiden, unser deutsches Vaterland rettungslos dem Untergang entgegengetrieben muß.

Ich war heute beim Kirchgang Zeuge des Aufmarsches der großen Massen zur Demonstration im Lustgarten. Da war Ordnung, da war Disziplin. Es war Ruhe; aber mögen sich die Kreise in Deutschland durch diese äußere Ruhe nicht täuschen lassen. In der Tiefe droht ein Vulkan! (Stürmischer Beifall.)

Ich muß hier das Wort wiederholen, das ich seinerzeit gesprochen habe, daß in einem so wahnwitzigen Entscheidungskampf, den viele von Ihnen gewissenlos herbeiführen, uns unsere Pflicht dahin führt, wo die großen Scharen des arbeitenden Volkes stehen! (Erneuter lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Die Frage ist ernsthaft, sie muß hier in Ruhe erörtert werden. Gewiß können wir aus eigener Kraft ohne Einflücht der alliierten Staatsmänner Ruhe und Ordnung in Deutschland und ein Wiedererwachen des deutschen wirtschaftlichen Lebens nicht herbeiführen. Darüber soll kein Zweifel gelassen werden: Abgesehen von dem oder jenem Zeichen des Beschränkung haben die alliierten Regierungen dem demokratischen Deutschland im Laufe eines Jahres nur Demütigungen zugefügt. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich spreche es offen aus: Der Bahn, der durch die Welt ging, als ob der Ausgang des Krieges eine Sicherung demokratischer Freiheit sei, das war eben nur ein Wahn und eine schmerzliche Enttäuschung für das deutsche Volk und auch die größte Enttäuschung für die deutsche, auch die radikal gesinnte Arbeiterschaft.

Die Entscheidung über Oberschlesien lag nicht in unserer Macht. Ich kenne die Angriffe gegen die Männer, die trotz Oberschlesien die Politik weitergeführt haben, weil es eben keinen anderen Weg gab. Die Entscheidung über Oberschlesien war das größte, das himmelschreiendste Unrecht, das dem deutschen Volke durch den Bruch des Versailles Vertrages angetan werden konnte. (Stürmische Zustimmung.)

Ich bin von einem alliierten Staatsmann — es war Lloyd George — gefragt worden: Herr Reichskanzler, wie stellen Sie sich zum Völkerbund? Ich habe ihm folgende Antwort gegeben: Ich bin ein Freund eines Völkerbundes und ich würde den Tag begrüßen, wo die große Organisation der Völker geschaffen werden könnte, um allem, was Menschenanlieh trägt, den Frieden auf der Welt zu bewahren. Aber — so habe ich weiter gefragt — will man dem Völkerbund dienen in Deutschland, so muß man zurzeit — ich unterstreiche das „zurzeit“ — es war gestern vor Wochen in Genua, vielleicht ist heute die Situation schon anders, — will man diesem Völkerbunde einen Nutzen bringen, so muß man nach der Entscheidung von Oberschlesien von diesem Völkerbunde schweigen.

Ich will einen zweiten Punkt anführen. Ich erinnere an das Schicksal der fünf Weichselstädter, das heute noch nicht entschieden ist, an die Leiden der Saarbevölkerung, an die großen Schmerzen der rheinischen Bevölkerung, an diese kleinlichen Schikanen, die dort auf unseren Volksgeossen lasten und die eine Schande sind für das gestiftete Europa. (Stürmischer Beifall)

Wie oft haben wir mahnend und stehend gerade nach dem Auslande hin die Hände erhoben und haben gesagt: Gebt dem demokratischen Deutschland jene Freiheit, deren das demokratische Deutschland bedarf, um im Herzen Europas eine Staatsform zu schaffen, die eine Gewähr des Friedens bietet. Unsere Mahnungen sind verhallt. Erst in dem Augenblick, wo man gesehen hat, daß die ganze Welt leidet, wenn das deutsche Volk zugrunde geht, ist allmählich erst durch wirtschaftliche Erwägungen der Haß etwas zurückgetreten. Aber die politischen Folgerungen aus dieser veränderten Atmosphäre sind bis zur Stunde noch nicht gezogen.

Darüber besteht kein Zweifel: es ist für ein 60-Millionen-Volk auf die Dauer unmöglich, unter der Herrschaft von fremden Kommissionen, und wenn es die Herren auch noch so gut meinen sollten, ein demokratisches Deutschland, ein Sechzigmillionenvolk überhaupt lebensfähig zu machen.

Da mündet es mich nicht mehr, daß die Erkenntnis — ich weiß nicht, ob es die war — den General Ludendorff veranlaßt hat, in einer englischen Zeitschrift einen Artikel zu schreiben und für Deutschland die Diktatur zu empfehlen, die monarchische Diktatur. Dieser Artikel ist eines deutschen Generals unwürdig. Er ist es um so mehr, als auch auf dieser Seite (nach rechts) wiederholt die Bereitwilligkeit ausgesprochen worden ist, sich, wenn auch nicht im Rahmen der Linien unserer heutigen Politik, an der Gesetzgebung praktisch zu betätigen. Wenn Sie einen Mann (nach rechts) als Ihren großen Gott verehren, der dieses Ziel, die Diktatur für Deutschland, gerade in einem Augenblick in England proklamiert, wo die Herzen, die in Eis geparkt waren, aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus zu schmelzen begannen,

so zeigen diese Träger des alten Systems, daß sie für die politische Atmosphäre der Welt weder Vernunft noch Fingerphingengefühl besitzen.

Ich glaube, ich war es Dr. Rathenau schuldig, noch einige Worte hier in die Debatte einzuflechten. Ich bedauere nicht nur als Freund seinen graulichen Tod, sondern wir sind tief unglücklich, in ihm den großen Mitarbeiter verloren zu haben. Ich würde mich freuen, wenn gerade in den Kreisen, die bisher unserer Politik feindselig gegenüberstanden, ein Verständnis dafür vorhanden wäre, daß gewisse Linien unserer Politik unter seinen Umständen verlassen werden dürfen.

Aber, meine Damen und Herren, die vielgeschmähte Erfüllungspolitik ist nach außen sabotiert, wenn wir nach innen nicht zu einer einheitlich festgelegten Auffassung unserer Politik kommen. Es geht nicht an, Divergenzen zwischen Kanzler und Ministern zu konstruieren; und wenn sie vorhanden sein sollten, dann muß gerade aus außenpolitischen Gründen nach einer einheitlichen Linie der inneren Politik so schnell wie möglich gesucht werden.

Minister Dr. Rathenau hat am Abend vor seinem Tode mit einem Herrn aus Ihrer Fraktion, meine Herren von der Deutschen Volkspartei, bei einem Diplomaten bis 1 Uhr nachts zugebracht, nicht etwa, wie man da und dort vermuten könnte, um sich zu ergötzen. Das Gespräch ging um die Reparationsfrage. Die größten Gedankengänge in der Reparationsfrage wie in der Schuldfrage beschäftigten diesen Minister Tag und Nacht.

Nachdem der Herr Kollege Hergt jetzt in den Saal gekommen ist, darf ich sagen: Wir haben gerade für die Förderung dieser Frage durch seinen Tod unendlich viel verloren. Wir sind nicht untätig, meine Herren, und das Geschrei, was draußen geübt wird, ist das Törichteste, was es gegeben hat. Man darf aber, wenn man Politik treibt und wenn man auf Jahre hinaus schauen muß, nicht alles an die große Glocke hängen, und vor allem darf man jene Glocke nicht läuten, für die man in meiner Heimat ein sehr böses Wort geprägt hat.

In diesem Gespräch gerade mit einem Industriellen, einem hervorragenden Mitglied der Deutschen Volkspartei, hat sich gezeigt, daß man das Problem der Reparation, auch wenn man sonst verschiedener Auffassung ist, doch in starker Form fördern, in gemeinsamen Besprechungen verschiedenster Parteien behandeln kann. Das, was in der Welt gesehen ist, was die englische Bank uns im Dezember beantwortet hat, ist eine Basis, auf der Anleihegesprächen ausgedehnt werden kann, die auswärtige Politik und die große Frage der Kontribution, um dieses Wort zu gebrauchen, förderlich behandeln könnten. Wir wären ja töricht, wenn wir dieses Instrument nicht in unsere Hand nehmen würden. Es ist deshalb geradezu eine Sinnlosigkeit, wenn sich in Deutschland die Menschen die Köpfe darüber zerhacken, ob eine kleine, eine mittlere oder eine große Anleihe notwendig ist. Nein, eins ist in der Reparationsfrage notwendig: daß wir nicht eine Politik mit Ultimaten und Terminen erleben.

Und ein zweites ist notwendig — darüber ist sich heute die Welt einig! — Das politische Diktat heißt weder das deutsche Volk noch Europa, noch die Menschheit.

Die Politik, die wir im letzten Jahre wie in diesem Jahre erstrebt haben, zielt auf eine vernünftige Lösung des ganzen Reparationsproblems auf wirtschaftlicher Basis. Wir wollen uns dem nicht entziehen, wir wollen nicht davonlaufen. In keinem Augenblick, auch nicht bei der schrecklichen Entscheidung über Oberschleien, haben wir die Geduld verloren, am Rettungswert des deutschen Volkes mitzuarbeiten.

Wer, wie ich das von rechts immer höre, wie es mir immer wieder aus den Zeitungen entgegenkommt, mit Faust sagt: „Friede vor allem der Geduld!“, der hat sich aus der politischen Arbeit, aus der Rettungsarbeit für unser Vaterland ausgeschaltet. Geduld gehört dazu. Gewiß, meine Damen und Herren, mit nationalpolitischen Kundgebungen lösen Sie kein Problem in Deutschland.

Ist es denn nicht eine Schande, wenn jemand von uns, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten in idealer Schwung die Fäden der Verständigung mit allen Nationen anzuknüpfen versucht? Ist es denn eine Schande, wenn wir mit jenem gemäßigten Teil des französischen Volkes, der die Probleme nicht nur unter dem Gesichtspunkt sieht: „Wir sind die Sieger, wir treten die Bodies nieder, heraus mit dem Säbel, Einmarsch ins Ruhrgebiet!“, wenn wir durch persönliche Beziehungen mit allen Teilen der benachbarten Nationen zu einer Besprechung der großen Probleme zu kommen suchen?

Dr. Rathenau war wie kaum einer zu dieser Aufgabe berufen. Seine Sprachkenntnisse, die formvollendete Art seiner Darstellung machten ihn in erster Linie geeignet, an dieser Anknüpfung von Fäden zwischen den Völkern erfolgreich zu arbeiten. Wenn dann ein Mann wie Rathenau über trennende Grenzspähle hinaus bei aller Betonung des Deutschen, seines Wertes für die Geschichte, seiner kulturellen Taten, seines Forschungstriebes, seines Wahrheitsuchens, wenn er wie Rathenau die großen Probleme der Kultur-entwicklung Europas und der Wirtschaft organisatorisch durch seine Arbeiten in allen Ländern, dann als Staatsmann im Auswärtigen

Kont mit den reichen Gaben seines Geistes und unter Anknüpfung von Beziehungen gefördert hat, die ihm ja auch das Indentum in der ganzen Welt, das kulturell und politisch bedeutsam ist, gewährt hat, dann hat er damit dem deutschen Volke einen großen Dienst erwiesen.

Ziehen Sie auch andere Vertreter zur Arbeit heran — jedem ist die Tür geöffnet —, solche, die kirchlichen Organisationen angehören, sei es der evangelischen, sei es der katholischen Kirche, seien es Vertreter der Arbeiterorganisationen, — allen ist die Tür für die Anknüpfung internationaler Beziehungen geöffnet. Es ist notwendig, daß jeder haben geschlochten wird, der die zerrissenen Fäden einander wieder näher bringt. Dabei geben wir nichts auf, was unser eigenes Volk angeht.

Gibt denn jemand in der Welt, daß es in Deutschland Loren gibt, die meinen, daß, wenn sie die eigene Wirtschaft zu einem Friedhof eingeebnet haben, dann die Tage des Sozialismus kämen? Daran glaubt niemand. Dieses Phantom, als ob wir die Nation zerstören wollten, — dann erst wieder Politik zu machen, ist doch das Törichteste, was es in der Welt gibt.

Geduld meine Damen und Herren, wieder Geduld und nochmals Geduld und die Nerven angespannt und zusammengehalten auch in den Stunden, wo es persönlich und parteipolitisch angenehmer wäre, sich in die Tasche zu drücken.

In jeder Stunde, meine Damen und Herren, Demokratie! Aber nicht Demokratie, die auf den Tisch schlägt und sagt: wir sind die Macht! Nein! Sondern jene Demokratie, die geduldig in jeder Lage für das eigene unglückliche Vaterland eine Förderung der Freiheit sucht!

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, Mitarbeit! In diesem Sinne müssen alle Hände, muß jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland diese Atmosphäre des Nordes, der Vergiftung zu zerstören! Da steht der Feind, der Gift in die Wunden eines Volkes träufelt, da steht der Feind —

und darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht rechts!

(Stürmischer, minutenlang, immer wiederkehrender Beifall bei der großen Mehrheit des Hauses und auf den Tribünen. Große, langandauernde Bewegung.)

Abg. Heinze (D. Vp.): Wir sind in der Beurteilung der Mordtat der Auffassung des Herrn Reichskanzlers. Wir sind entsetzt, daß Deutschland aus dieser Atmosphäre nicht herauskommt. Was die Bedeutung des ermordeten Ministers angeht, so ist darüber wohl kein Streit notwendig. Man wird nicht streiten über seine sittliche Größe, seine kulturellen Verdienste, seine Geistesgaben und die Hingebung, mit der er sich bemüht hat, das Wohl Deutschlands zu fördern. Wir haben den Erfolg seiner Tätigkeit in Genua anerkannt und standen alle unter dem ungeheuren Eindruck seiner Rede, die er mit dem Rufe „Friede!“ geschlossen hat. Wir stimmen dem Rufe, daß Abschieße geschaffen werden muß, aus vollem Herzen zu und wollen alles tun, um dergleichen unmöglich zu machen.

Die Regierung muß die Strafgesetze mit aller Schärfe gegen geheime staatsfeindliche Organisationen anwenden. Es muß schnell durchgegriffen werden, weil die Sicherheit des Staates gefährdet ist. Wir billigen, daß in diesen Ausnahmefällen mit Ausnahmevorschriften vorgegangen wird.

Der Friedensvertrag ist der Grund der Stimmung, und das erhobte Feuer wird erst abgebläht, wenn die Kosten von uns genommen werden. Wir verlangen aber, daß man unsere Ueberzeugung achtet, aber es ist keine Achtung vor dieser Ueberzeugung, wenn die schwarzweißen Fahnen misachtet werden. (Ungeheurer Lärm auf der Linken.)

Die Agitation gegen die Verfassung lehnen wir unter allen Umständen ab. Wir sind auch der Ansicht, daß die Männer der Regierung gegen Beleidigungen geschützt werden müssen. Ueberhaupt sollte die in Weimar festgelegte Verfassung auf absehbare Zeit nicht geändert werden. Den Generalstreik, der für Dienstag proklamiert wurde, halte ich für gefährlich. Ich möchte dringend auffordern, die Verordnung des Präsidenten nach rechts und links anzuwenden. (Große Unruhe und lärmende Zurufe links.)

Durch die einseitige Anwendung der Verordnung würde die Verfassung, die allen Deutschen gleiche Rechte gewährt, gebrochen werden. Die Bestimmung, daß alle Versammlungen wegen des Friedensvertrages und alle Regimentsfeiern verboten werden sollen, ist nicht ungefährlich. Als wir feierlich in der Verfassungskommission erhöhten Schutz für den Reichspräsidenten forderten, haben gerade die extremen Demokraten das abgelehnt. (Hört, hört! rechts.) Sollte die Verordnung in das allgemeine Recht überführt werden, so müßten wir uns im einzelnen die Prüfung vorbehalten. Aber als Ausnahme wollen wir die Verordnung akzeptieren in dem Gefühl, daß uns die Befestigung des Gemeinrechtes vorbehalten bleibt. (Beifall b. d. D. Vp.)

Abg. Petersen (Dem.) freut sich der Anerkennung, die dem Minister für seine Tätigkeit gezollt wurde und zeichnet noch einmal die Verdienste auf, die sich Rathenau während und nach dem Kriege um Deutschland erworben hat.

Dieser Mann ist ermordet worden für das, was er im Interesse des deutschen Volkes geleistet hat, als Minister der demokratischen Republik Deutschland. Daß die Demokraten an der Republik festhalten, ist selbstverständlich. Die Demokratie war es, die uns von der Gewalt der Arbeiter- und Soldatenräte befreite.

Das deutsche Volk sollte sich heute noch dankbar dessen erinnern, was die führenden Männer der Nationalversammlung mit der Schöpfung der Verfassung geleistet haben. Die demokratische Republik ist innerpolitisch die einzige Möglichkeit zum Wiederaufbau. Darum können wir von allen, die wenigstens nationales Gemeinschaftsgefühl besitzen, erwarten, daß sie die Verfassungsfragen bis zur Wiederkehr ruhiger Zeiten ruhen lassen und sich jeden Widerstandes und jeder Niedertracht gegen die Verfassung enthalten. Diese Hoffnung auf das nationale Pflichtgefühl der Rechtsparteien hat bitter getrogen. Wir haben lange auf eine Erklärung gewartet, wie sie heute die Deutsche Volkspartei abgeben ließ.

Die Verantwortung gegenüber dem Vaterlande vermissen wir vor allem bei den Deutschnationalen. Nicht die Rede Helfferichs vom 23. Juni hat Rathenau ermorden lassen, aber die Reden des Herrn Abg. Helfferich, dieses ganz besonderen Exponenten der Deutschnationalen, sind mit die Ursache gewesen. Wo blieben die klaren Trennungsschritte gegen Herrn Wulle, wo blieb die offizielle Erklärung der Deutschnationalen Partei gegen diese Kreise, für die sie durch ihre Haltung verantwortlich ist? Dieser furchtbare Tat mußte von jener Seite eine aktive Abwehr folgen.

Wir danken dem Kanzler für seine ausgezeichnete Rede (Stürmischer Beifall) und stimmen ihm zu, wenn er die Entente mit verantwortlich gemacht hat. Gegenüber der Politik der Oppositionsparteien der Rechten, die eine Art von Fehde geworden ist, wäre es verfehlt, wenn wir die Toleranz des Staates noch weiter treiben würden. Wir müssen den Gedanken der republikanischen Staatsform noch viel stärker betonen. (Lebhafter Beifall.)

Auf einen Zwischenruf erwidert Petersen: Auch mein Freund Gehler steht vorbehaltlos auf dem Boden der Verfassung.

Wir stellen uns hinter die Verordnung des Reichspräsidenten. Wie die „Kreuz-Zeitung“ dazu kommt, um Ausnahmestimmungen gegen die nationalen Kreise zu sprechen, ist auch mir unerklärlich. Sind diese Würdigerkreise nationale Kreise? Diese Leute richten in ihrer Verblendung die deutsche Nation zugrunde. Die Frage muß erhoben werden, ob nicht die Verfolgung der Beamten, die die Republik sabotieren, mit aller Rücksichtslosigkeit einsetzt muß. (Lebhafter, andauernder Beifall bei der Mehrheit.) Wir müssen politische und staatsrechtliche Verfügungsbehörden haben,

die vom Reich abhängen. Denn wo kein Kläger ist, ist kein Richter. Wir fürchten nicht für die Republik, wenn wir von der Toleranz gegenüber ihren Feinden zurücktreten. Die Republik ist durch so große Massen des Volkes geschützt, daß gar keine Furcht zu herrschen braucht. Ich glaube auch nicht, daß das Abschließen einiger verantwortlicher Personen die Republik gefährdet. Aber wir schühen uns, um die Möglichkeit zu haben, Ordnung und Recht zu erhalten, um im Innern weiter in Ordnung arbeiten zu können und um nach außen unsere Rechte zu verteidigen und unter den Nationen der Welt wieder ein lebenswertes Leben zu führen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Nachdem noch die Abgg. Gerstenberger (Bayer. Vp.), Kippers (Deutsch-Hannover.) und Koehnen (Komm.) ihrer Absicht gegen das Attentat zum Ausdruck gebracht haben, erklärt

Reichsjustizminister Radbruch

im Namen des Reichskanzlers, daß mit Zustimmung des Reichspräsidenten der § 6 der Verordnung dahin geändert wird, daß auch die rechtskundigen Mitglieder des Staatsgerichtshofes vom Reichspräsidenten berufen werden.

Damit schließt die Debatte und nach persönlichen Bemerkungen verläßt sich das Haus auf Montag mittag 12 Uhr. Schluß 5¼ Uhr.

Rathenaus Begräbnis.

Die Kundgebungen am Dienstag.

Das Begräbnis Rathenaus dürfte, nach den bisherigen Dispositionen, die noch nicht endgültig sind, Dienstag, den 27. Juni, 12 Uhr mittags, vom Reichstag aus stattfinden.

Für denselben Tag sind, wie bekannt, durch den Beschluß des Gewerkschaftskongresses Kundgebungen der Arbeiterschaft vorgezogen, die mit Mittags-Arbeitschluß beginnen sollen. Im Rahmen dieses Beschlusses, der unbedingt zu beachten ist, werden die örtlichen Organisationen ihre Maßnahmen treffen.

Die Verordnungen des Reichspräsidenten.

Vertreter der Vorstände des ADGB, des AFA-Bundes, der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei, traten Sonntag nachmittag zu einer Besprechung zusammen, in der die politische Lage und die zu ergreifenden Maßnahmen, insbesondere die Verordnung des Reichspräsidenten und das zu erlassende Gesetz zum Schutz der Republik erörtert wurden. Eine Abordnung begab sich zur Reichsregierung, um dieser zunächst einige der dringlichsten Forderungen bezüglich der Verordnung des Reichspräsidenten zu unterbreiten. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Das Preussische Ministerium des Innern hat bereits die Ausführbestimmungen zu der Verordnung des Reichspräsidenten ausgearbeitet. Es ist zu erwarten, daß das Preussische Innenministerium mit aller Schärfe die neue Verordnung durchführt und sein Augenmerk insbesondere auf die Presse legt, die seit Jahr und Tag für den gegenwärtigen Zustand vorgearbeitet hat.

Lloyd George über Rathenau.

London, 25. Juni. (W.B.) In einer Ansprache in der Waller-Baptistenkapelle zu London sagte Lloyd George heute nachmittag: Rathenau war einer der fähigsten Minister Europas. Er tat sein Bestes, um die guten Beziehungen zwischen seinem Lande und den anderen Nationen, denen Deutschland Unrecht zugefügt hatte, wiederherzustellen. Er tat sein Bestes, und deshalb wurde er ermordet. Ich kann nur meinen tiefsten Abscheu aussprechen über das Verbrechen und dem Vertrauen Ausdruck geben, daß Deutschland nicht leiden wird unter dem Unrecht, das diese Leute ihrem eigenen Lande zugefügt durch dieses feige Verbrechen an einem seiner ausgezeichnetsten Bürger.

Aufruf des Afa-Bundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes richtet folgenden Aufruf an seine Mitglieder:

„Das unverantwortliche Treiben der antirepublikanischen Reaktion hat sich bis zur Unverantwortlichkeit gesteigert. Der ruchlose Mord an Walter Rathenau ist das Flammenschild, in welchem unmittelbare Nähe die Gefahr für den weiteren Bestand der Republik gerückt ist. Die Anschläge gegen die Republik sind aber nicht zuletzt gegen ihre eigentlichen Träger, die Angestellten, Beamten und Arbeiter gerichtet.“

Deshalb erklären wir namens aller gewerkschaftlich organisierten und freiwillig denkenden Angestellten und in solidarischer Uebereinstimmung mit der feierlichen Kundgebung des Giften Gewerkschaftskongresses:

Bis hierher und nicht weiter!

Das drohende Verhängnis wird nur abgewehrt werden können, wenn die Reichsregierung sich nunmehr aufrüstet. Verwaltung, Justiz, Reichswehr und Polizei rücksichtslos von allen volksfeindlichen Elementen zu säubern.

Die Aufforderung des Leipziger Gewerkschaftskongresses an die gesamte Arbeiterschaft, ihren Willen zur Verteidigung der Republik und ihrer Einrichtungen am Dienstag, den 27. Juni nachmittag durch Arbeitseinstellung und öffentliche Demonstrationen zu bekunden, gilt auch für die Mitgliedschaften der Afa-Verbände. Die Ortsstellen unseres Afa-Bundes haben sich über die Durchführung der Demonstration sofort mit den Ortsausschüssen des ADGB zu verständigen. Für die Fortführung des Kampfes werden wir gemeinsam mit dem Vorstand des ADGB alle erforderlichen Weisungen entgegen sehen.

Kollegen und Kolleginnen! Im März 1920 ist die Reaktion am geschlossenen Widerstand des werktätigen Volkes gescheitert. Haltet Euch bereit, auch in dieser Stunde der Entscheidung das Letzte für die Verteidigung Eurer Grundrechte einzusetzen, und der Sieg wird unser sein!

Allgemeiner Freier Angestelltenbund.

Der Vorstand: Aufhäuser, Urban, Stehr.

Am 25. Juni tagte in Berlin die Reichslohnkommission der freigewerkschaftlichen Organisationen des Bergbaues. Sie beschloß:

Die deutschen Bergarbeiter erklären, daß sie zur Verteidigung der deutschen Republik und ihrer Regierung gegen die verbrecherischen Angriffe deutschnationaler, monarchistischer und militaristischer Verbände alles einsehen.

Die deutsche Republik darf die deutschen Bergarbeiter zu ihren zuverlässigsten Stützen zählen.

Da gewisse Unternehmerkreise ihre Alleinherrschaft wieder anzurichten streben, durch Ablehnung der Arbeiterforderungen die wirtschaftliche Sicherung der Republik zu gefährden, wird eine Stellungnahme zur Ueberarbeitsfrage abgelehnt.

Die gesamte demokratische Jugend fordert für heute, Montag, abend 7½ Uhr, nach dem Vorkongress zur Protestversammlung auf. Thema: Schützt die Republik! Redner: R. d. R. Pfarrer Kroll und Dr. Haas-Karlsruhe.

Die Lage als Tagesordnung. Die Platskassen kündigen für heute abend drei Versammlungen der KPD, an mit der Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie als Proletarier.“

Wenn die Republik ruft!

Berlins Volk in Bereitschaft.

Als der Sonnabendmorgen heraufzog, da stand die Berliner Bevölkerung, die kommende grauenhafte Tat nicht ahnend, wie gewöhnlich an jedem Sommerabend in den Vorbereitungen zu sonntäglicher Zielungsfahrt, zur Wanderfahrt, zur Reise. In der Tat verlassen in der Zeit vom Sonnabend mittag bis in die Nacht hinein zehntausende Berlin. Und dennoch, als die Tat ruchbar wurde, da war der Eindruck allgemein: Das ist ein Angriff auf die Republik, auf das Volk. Und diese Tatsache genügt, um in weniger als vierundzwanzig Stunden wiederum eine Viertelmillion des arbeitenden Volkes auf die Beine zu bringen. Wären die abgewirkelten Tapergreife der Reaktion und der ihnen gleichgeartete Nachwuchs in seiner künstlich aufgedonnerten Männlichkeit nicht so ungläubliche Hohlköpfe, so müßten sie schon längst einsehen gelernt haben, daß gegen diese Tag und Nacht bereiten Organisationen der Massen nicht mehr aufzukommen ist. Der berühmte Bergsteiger von dem Ingenieur, der nur einen Hebel herumzuwerfen, auf einen Knopf zu drücken oder einen Schalter zu drehen braucht, um eine Riesemaschine in Gang zu bringen, traf auch hier wieder zu. Sonnabend haben die Führer in vollster Einmütigkeit die entsprechende Parole ausgegeben. Am selben Abend noch fand in gewohnter Siderheit die Weitergabe der Parolen durch die Funktionäre und Unterfunktionäre statt. Die späte Nacht und der frühe Morgen fand jeden auf seinem Posten. Jeder trug, als ein dem Ganzen dienendes Glied und im vollen Bewußtsein der auf ihn ruhenden Verantwortung, seine Vorbereitungen. Die Treffpunkte standen fest, und ununterbrochen strömten am frühen Sonntag die Massen, getrieben von einem einheitlichen Willen, zusammen. Die Banner und Fahnen, wie glutende Segel stolz in die Zukunft fahrende Schiffe, schwebten durch alle Straßen und vereinigten sich an den bestimmten Plätzen. Sängerschöre waren zur Stelle, die Arbeiter-Samariter traten mit ihren Geräten an, Frauen versammelten sich, Jugendliche waren mit vor ehrlicher Kampfesfreude geröteten Wangen und leuchtenden Augen zur Stelle. Es ist nicht die Art unseres Volkes und dieses norddeutschen Berliner Schloßes, Freude oder Schmerz laut zu äußern, und so kam es, daß die Züge durch die Straßen nicht so, wie es in Italien etwa der Fall gewesen wäre, durch ununterbrochene Juraufe der Menschen aus den Häusern angefeuert wurden. Aber eines konnte man, wenn man sich nur ein klein wenig auf die menschliche Physiognomie versteht, immer sehr schnell feststellen, wer Freund und wer Feind dieses Volkes war. Bei den ersten zwerfischen Klängen, Klagen, die alles das sagten, was der Mund nicht sagen konnte; und dann die im vollsten Gefühl der Ohnmacht zu Fragen grimmiger Verbittheit erstarrten Gesichter der Reaktionsäre aller Schattierungen, die gehofft hatten, gerade in diesen Johannistagen mit Schwarz-Weiß-Rot und Halenkreuz, mit „Heil Kaiser Dir“ und „Eine feste Burg ist unser Gott“, mit Heil und Hurra! die Republik in den Abgrund zu stürzen, und die nun ihrer statt ihrer eigenen Züge wieder die Züge des verhassten Volkes durch die Straßen wälzen sahen.

Der Anmarsch durch die Straßen.

Wie schön der Farbdreiklang Schwarz-Rot-Gold, vom Wind entfaltet in den Lüften steht, konnte man an diesem sonnigen Frühsonntag sehen, und man hätte gewünscht, daß der Anmarsch zur Entfaltung deutsch-republikanischer Flaggen ein freudiger gewesen wäre. So wehte alles Halbmaß. Die Wilhelmstraße war in der Tat eine wahre Straße der Republik, die diesen Namen verdiente. Von den Häusern des Reichspräsidenten, des Reichkanzlers und der Reichsministerien wehte die deutsche Flagge, während die preussischen Ministerien und Behörden, die früher deutsch und preussisch flaggten, meist preussisch, das heißt schwarz-weiß geflaggt hatten, wobei es sich herausstellte, daß das eigentlich gar keine rechten Flaggenfarben sind, denn schwarz und weiß wird von dem Licht und seinem Schatten völlig aufgelesen. Die einzige schwarz-weißrote und dazu ganz offizielle Flagge war auf dem Dach des Reichswehrministeriums gezogen worden; denn dieses Tuch mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte und dem beschriebenen schwarz-rotgoldenen Obereck ist die Reichstrifflage. Auch die Eisenbahndirektion hatte geflaggt, ebenso Potsdamer und Anhalter Bahnhof. Einen merkwürdigen Anblick bot die Straße unter den Linden. Als man sie um die zehnte Morgenstunde betrat, lag sie ziemlich einträchtig da. Im Pariser Platz zeigte einzig die Preussische Akademie der Künste ein zu der Farbenfreudigkeit der Kunst so gar nicht passendes preussisches Fähnchen. Kultusministerium und Ministerium des Innern hatten natürlich geflaggt, aber der weite Platz vorm Opernhaus mit dem Kranz staatsrechtlicher Gebäude sah ziemlich leer aus. Offenbar hatte ein Teil der Hausverwalter die Anordnung zur Flaggenverfälschung. Am Morgen waren nur das Opernhaus mit zwei preussischen Fahnen besetzt. Auf der Staatsbibliothek hing an einer Ecke die alte preussische Adlerflagge. Weder die drei Masten der Universität noch die der Universitätsbibliothek, der alten Hauptwache, der ehemaligen Kommandantur, der Nationalgalerie (ehemaliges Kronprinzenpalais) und des Zeughauses zeigten Flaggen. Um 11 Uhr, im Anblick der unermesslichen Menge und der anmarschierenden Züge ging, in diesem Augenblick jedenfalls wie eine Huldigung vor dem Volk wirkend und als solche vielfach auch empfunden, auf dem hohen Dach des jahrhundertalten Hohenzollernschlosses die schwarz-rotgoldene Flagge des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes auf Halbmaß. Während der Demonstration hatten dann wohl etliche Hausverwalter Zeit gehabt, sich auszuschließen und die alten melancholischen Preussenflaggen auszusuchen und auszubringen, denn als die Züge zurückströmten, standen auch Universitätsbibliothek und Zeughaus unter der Trauerflagge. Nun besteht aber eine Bestimmung, nach der Gebäude, die mehrere Flaggenmasten haben, neben der Landesflagge auch die Reichsflagge zu sehen haben. Aber weder die Universitätsbibliothek, noch das Opernhaus, noch das Reichsflaggenmasten haben, hatten die Reichsflagge gezogen. Diese Unterlassung erheischt Aufklärung. Von dem hohen Turm des Roten Hauses in der Königsstraße aber grüßte die weiße rot geränderte Berliner Stadtflagge mit dem Bären zum Lustgarten hinüber. Private Trauerflaggen waren in der Innenstadt nicht zu sehen.

Die Massen im Lustgarten.

Schon um 10 Uhr setzt der Zustrom ein, schon um 10 Uhr wälzt es sich dunkel die Linden hinunter. Von hier durch das Gebiet der Sammelplätze sind nicht die geordneten Züge zu erwarten; es sind die Massen derjenigen, die der Demonstration ein warmes Gefühl entgegenbringen, und sicher auch viele „Wohlfühlregler“. Wie einer den anderen beobachtet, wie vom anderen denkt: bist du auch einer von denen, die zur Republik halten — oder nicht dein Herz zu jenen, an deren Händen das Blut des Opfers fließt? Sieh doch, dort kommt ein dunkelgrünes Auto, sechsstellig, Tourenwagen, elegant. Hier Leute im Lodenanzug mit gelben Kappen darin. Daß darauf nicht die Beschreibung des Mördersautos? Alle Augen liegen an dem grünen Wagen, einige schließen sich ihm hindernsbereit in den Weg. Ach nein, die werden heute nicht unter den Linden spazierenfahren. . . . Nun strömt's in der Lustgarten. Nun wird der Platz lebendig. Züge mit dem Tuch, rot und schwarz-rotgold über den Hauptern sind schon vordem da. Die gleichen Farben flattern immer wieder auf, tauchen stets von neuem aus den Zugangsstraßen und beweisen, daß die Republik — ach, läge es nur an den Fahnen — doch nicht so verlassen ist, wie es ihre

Feinde glauben machen wollen. Wie hat man doch gelernt, die Fahnen zu gruppieren. Um den dritten Wilhelm herum ist der beste Standpunkt. Das ist im Zentrum des Ganzen, und das saite Rot und Gold steht gut gegen das dunkle Erz des Denkmals. Dann kommt die Freitrepppe des Museums mit seinen dunklen Säulennischen als Versammlungsort der Fahnen und die Freitrepppe des Domes. Um 11 Uhr war alles beisammen. Von oben gesehen ein dunkles Branden der Haupter, aber mehr helle Töne als sonst: die Sommerkleider der Frauen. Doch blieben die Menschen im Fluß. Noch bahnten sich Züge auf unerklärliche Weise offene Gassen durch das Gedränge, und eine gute Viertelstunde verging, bevor sich alles geordnet hatte und Ruhe eintrat. Schon um 11 Uhr hatte ein mit einer mächtigen schwarz-rotgoldenen Fahne wohlbewaffneter Jüngling den ersten Schritt auf das einzige Gebirge des Platzes, den dritten erzten Wilhelm, unternommen. Die Klettertour war im Gange und mit allen Hindernissen des Hochgebirges verknüpft. Aber es glückte ihm doch, genau eine Viertelstunde nach Elf auf der höchsten Spitze der wilhelminischen Pichelhaube anzulangen. So sah er nun wohlgemut und schwindelfrei und schwenkte die Fahne zu dem schwarz-rotgoldenen Regierungsbanner hinüber, das gerade auf dem Schloß zum Halbmaß aufstieg. Da, es konnte beginnen. Alle Redner waren auf ihren Plätzen, man hatte sich gruppiert, als statt der erwarteten Worte zunächst wieder der Dom seinen langatmigen Glockensonnen begann. Zunächst war das eine böse Unterbrechung, aber nach einem Weilschen gebührenden Wartens beruhigte sich auch das Gekläte. Es klang und dröhnte und warf noch verlorene Klänge dazwischen, als die ersten Redner begannen. Von zwanzig Stellen aus sprachen sie. Rot und Gold steht gut gegen das dunkle Erz des Denkmals. Es war der Ernst der Stunde, der tief aus den Worten aller dieser zusammengefunden hatten. Erste Worte an die Regierung, anhaltende Energie und Rücksichtslosigkeit im Schutze der Republik und ihrer Einrichtungen fordernd, erste Worte an die Massen, selbst auf der Hut zu sein und in keinem Augenblick zu vergessen, was auf dem Spiele steht. Notwendig sei auch vor allem die Förderung des republikanischen Gedankens in einer tieferen und ernstlichen Weise, als es bisher der Fall gewesen. Verärgerung gegen Gleichgesinnte dürfe nicht mehr Platz greifen. Alles müsse auf das eine, auf die Erhaltung der Republik gerichtet sein. Ernst und würdig klangen die Worte aus. Keine überflüssigen Zwischenrufe, nichts, was nicht dem Ernst der Stunde angemessen gewesen wäre. Das Opfer des Mannes, der 24 Stunden vorher unter den Augen der Monarchistenkluge gefallen war, hielt jeden einzelnen im Banne. — Als nach Schluß der Kundgebung die Züge sich wieder in Bewegung setzten und mit wehenden Fahnen abmarschierten, stellte sich an der Straße am Zeughaus ein Arbeiter-Gesangsverein auf. Ueber die Spree hinüber klang es: „Das Banner kann stehen, wenn der Mann auch fällt!“

Von Rednern unserer Partei sprachen: die Reichstagsabgeordnete Gen. Juchacz, Mitglied des Parteivorstandes, Reichstagsabgeordnete Gen. Jucker-Olbr., Polizeipräsident Gen. Lübbing-Königsberg, Reichstagsabgeordneter Bergarbeiterführer Gen. Bößler und Mitglied des Parteivorstandes Gen. Adolf Braun.

Unter der Menge.

Die Ermordung Rathenaus bildete das Gespräch. Durch diese neue Mordtat der Reaktion sind merklich auch die Frauen aufgeregter, das gewahrte ein jeder. Die Frauen sind von tiefem Mitleid gegen diese feigen Mordmörder erfüllt, aber auch gegen die Heher von rechts und namentlich gegen die reaktionären Herren, die vor ein paar Tagen solch unverschämtes Benehmen im Reichstag zur Schau trugen. Sie wurden allgemein als die wahren Urheber der Mordtat bezeichnet. Unter den Linden war bei einem Photographen Rathenaus Bild ausgestellt. Den ganzen Tag über stautte sich vor ihm eine große Menschenmenge. Man versuchte die Mörder und die Deutschnationalen, und namentlich Herrn Helfferich mußten die Ohren geklungen haben. — Auf der Schloßfreiheit stautte sich die Menschenmenge und noch immer neue Scharen strömten herbei, als die festgesetzte Zeit der Kundgebung schon überschritten war. Man vernahm es deutlich aus der Menge, daß sie nicht die Schaulust hergetrieben hatte, sondern daß sie bewußt demonstrierte und festen Willens ist, der Reaktion die Stirn zu bieten.

Unter denen, die nicht mit den Zügen abmarschierten, sondern einzeln nach Hause gingen, entstand auf dem Schloßpark eine Erregung, weil ein Mann die Bemerkung gemacht hatte: „Die verfluchte rote Jugend! Die ganze Demonstration ein Klontopp!“ Rasch ballte sich um ihn ein Haufen von Menschen zusammen, drohende Rufe wurden laut und es kam schließlich zu Tätlichkeiten, bei denen der Mann nicht glimpflich behandelt wurde. Den Puffen und Hieben gegen ihn wurde ein Ende gemacht durch einige Personen, die ihn in einer haustürnische bedekten und ihm dann den Abzug durch die Brüderstraße ermöglichten. Die Neumannsgasse, in die er einbog, wurde hinter ihm durch eine Postenkette gesperrt, so daß er weiterer Verfolgung entging. Die Personen, die ihn beschützten, waren Mitglieder der Arbeiterparteien und Teilnehmer der von ihm verhöhten Demonstration. In der Absperrung der Neumannsgasse beteiligte sich auch „die verfluchte rote Jugend“, wie er sie genannt hatte.

Die Arbeiter-Samariter hatten an sieben Stellen fliegende Rettungsstellen eingerichtet, um bei Erkrankungen erste Hilfe leisten zu können. In einer Reihe von Fällen wurden sie in Anspruch genommen, doch handelte es sich fast nur um Ohnmachtsanfälle.

Auf der Mördersuche.

Im Polizeipräsidium herrscht Tag und Nacht ununterbrochen Hochbetrieb. Die Leitung der Nachforschungen nach den flüchtigen Mördern hat der Chef der Abteilung IA, Oberregierungsrat Dr. Weiß, übernommen. Gestern wurden 10 Personen festgenommen, die unter dem Verdacht stehen, der in dem Killinger-Prozess vielgenannten Organisation C anzugehören. Sie wurden aus ihren Wohnungen nach dem Polizeipräsidium gebracht und einsteuerten in Gewahrsam behalten. Ihr Aufenthalt zur Zeit des Anschlags und ihre Tätigkeit wird genau nachgeprüft. Die Beamten haben strenge Anweisungen, alle diejenigen, die nicht sofort in ihrer Wohnung oder wo sie sonst angetroffen werden, einwandfreie Auskunft geben können oder wollen, zu ihrer Vernehmung unbedingt nach dem Polizeipräsidium zu bringen. In ganz Groß-Berlin ist ein Heer von Beamten unterwegs, Streifen, besonders im Grunewald, Schmargendorf, Zehlendorf, Steglitz usw. Eine Reihe von verdächtigen Personen wurden im Laufe des gestrigen Tages auch bereits der Abteilung IA zugeführt, aber als unbeteiligt wieder entlassen. Ein Hauptgegenstand der Verhandlung ist immer und überall

das Auto der Mörder

mit seinen Insassen. Nach ihm und seiner Herkunft wird nicht nur von Streifenmannschaften im Grunewald und seiner Umgebung bei Autobefragern, Chauffeuren und Garagehaltern gründlich geforscht, sondern die Abteilung IA hat auch bereits eine Reihe von Beamten

in Städte entsandt, aus denen Meldungen eingelaufen sind, um sofort alle Spuren aufzunehmen und weiter zu verfolgen. Die Aussagen eines Oberförsters aus der Umgegend Berlins, der nach der Reichshauptstadt zu einem Termin geladen war, haben der Kriminalpolizei stichhaltige Anhaltspunkte zur weiteren Verfolgung der Täter gegeben. Der genannte Oberförster hat das Mörder-Auto eine Viertelstunde lang vor der Abfahrt beobachtet und wußte die Täter genau zu beschreiben, desgleichen auch die Nummer des Wagens anzugeben. Es handelt sich um drei junge Leute, die von dem Zeugen auf 25 bis 30 Jahre geschätzt werden. Einer der Mörder beobachtete außerhalb des Wagens die Abfahrt Rathenaus und gab das Signal der Verfolgung.

Die Obduktion der Leiche.

Die Leiche des ermordeten Ministers wurde gestern, Sonntag vormittag, geleitet von seinem Privatsekretär Geitner, im Jinkfarg mit dem Automobil eines Beerdigungsinstituts nach dem Schauhause gebracht und dort von den Gerichtsärzten Medizinrat Dr. Straßmann und Professor Fränkel in Gegenwart des Untersuchungsrichters Amtsgerichtsrat Großmann, des Staatsanwaltschaftsrats Jäger, des Oberregierungsrats Dr. Weiß, des Regierungsrats Dr. Hagemann und des Kriminalkommissars Schenk obduziert. Als Schießachverständiger war Major Bachelin zugezogen worden. Die Untersuchung der Leiche ergab, daß der Minister von fünf Schüssen getroffen und von ihnen Augen durchbohrt worden ist. Wahrscheinlich ist der erste Schuß sofort tödlich gewesen. Nach dem Gutachten des Majors Bachelin ist ohne Zweifel mit einer Maschinenpistole geschossen worden. Das geht sowohl aus dem Einschlag der von der Polizei gefundenen Patronenhülsen als auch aus der Lage der Schüsse hervor. Entgegen anderslautenden Mitteilungen wird gemeldet, daß die Leiche nicht zerlegt oder einstellt ist. Sie wurde gleich nach der Obduktion von Staatsanwaltschaftsrat Jäger zur Beerdigung freigegeben, nach Ausstellung des Beerdigungsscheins sofort wieder eingefahrt und von Privatsekretär Geitner nach der Villa zurückgebracht und aufgefahrt.

An der Mordkurve.

Die Königsallee, in der sich der gräßliche Mord des Reichsministers Dr. Rathenau ereignet hat, war am gestrigen Sonntag das Ziel unzähliger Tausende; sie ist die Hauptverkehrs- und Verbindungstraße der Stadt, die vor etwa 40 Jahren auf Anregung Bismarcks in diesem Teil des Grunewaldforstes angelegt wurde. Die sich Kolonie Grunewald nennende Siedlung wurde bekanntlich in kurzer Zeit der Wohnort jener reichen und reichsten Berliner, die es liebten, die Vorzüge eines Lebens in einem von Garten oder Park umgebenen eigenen Landhause oder Palast mit den Annehmlichkeiten der nahen Großstadt zu verbinden. Die Königsallee verläuft jenseits der Halensee Eisenbahnbrücke zunächst in gerader Südwestrichtung, geht an dem bekannten Lunapark mit seiner etwas lauten Umgebung vorbei und gelangt hinter dem Eingang zur Badeanstalt des Halensees in jene stillen und äußerlich vornehmen Villenregionen, die die ganze Kolonie Grunewald, die jetzt politisch zu Groß-Berlin gehört, seit jeher auszeichnen. Die gerade Südwestrichtung muß dann nach kurzer Zeit durch eine Kurve unterbrochen werden, die die Straße in westliche Richtung treibt, sie aber nach kurzer Zeit abermals eine Kurve beschreiben läßt, die die Straße in die alte Südwestrichtung zurückführt, um sie auf diese Weise den Brückenpaß zwischen dem Herthafsee und dem Königssee gewinnen zu lassen. An dieser zweiten Kurve geschah die Mordtat. Der Bürgersteig wird hier von einem 3 Meter hohen eisernen Gitter begrenzt, das aus etwa 40 Zentimeter hohen schweren Grundschwelle ruht. Das Gitter beginnt bereits an der von der ersten Kurve gebildeten Ecke und zieht sich an der Nordseite vorbei bis zum Herthafsee, einem jener lieblichen vier Seen, die der Villenkolonie einen besonderen Reiz verleihen. Hinter verw. Frau Gulletta von Wendelslohn, geb. Gordizem, gehört. Ferner Frau Gulletta von Wendelslohn, geb. Gordizem, gehört. Diesem bisher wenig beachteten Umstand, daß bis zu der zweiten Kurve der Weg zur Rechten durchgehend von dem dichten Park begrenzt wird, der durch kein Haus und keinen Zufahrtsweg unterbrochen wird, ist es im wesentlichen zuzuschreiben, daß die Mordgesellen ihren Plan mit Erfolg durchführen konnten. An der (von Berlin gerechnet) zweiten Kurve weisen die Granit-schwelle drei helle schwache Flecken auf, die Aufschlagstellen der Geschosse.

Das Verbrecher-Automobil und seine Insassen.

Zu dem Mord an dem Minister Rathenau sind der Abteilung IA des Polizeipräsidiums auch in der vergangenen Nacht noch viele Meldungen zugegangen. Die wichtigste Befundung ist die eines Zeugen, der zur Zeit des Verbrechens in der Königsallee gewesen ist; er sah an der Ecke der Bismarckstraße ein Auto stehen. Da er sich für Kraftwagen interessiert, ging er um den Wagen herum, um ihn sich genauer anzusehen. So kann er ihn auch genau beschreiben. Es ist ein schwerer sechsstelliger Tourenwagen von mindestens 45 bis 80 P.S. Er hatte hinten ein fantisches verstelltes Verdeck, das den Eindruck einer Bestie mit recht breiten Ranten machte. Der Wagen ist von schwarzblauer Farbe. Der Wagen hat zwei Rostige und eine dunkelgrüne gepirppte Polsterung, anscheinend Kord, nicht Leder. Die Räder sind sogenannte Kronprinzenräder. Die Bereifung war verhältnismäßig neu, Continentalrecord mit Keilreifen. Er war auf der Lauffläche der Räder. Das Auto hatte zwei große gelbe Messingcheinwerfer und zwei kleine elektrische Laternen zu beiden Seiten der Scheinwerfer, eine Hupe mit Schall und Gummiball und auf dem Trittbrett rechts einen Messingbehälter für die Karbidbeleuchtung.

Während der Herr den Wagen besah, sah der Chauffeur auf seinem Sitz am Steuer und ein anderer Mann im Wagen. Ein dritter Mann ging währenddessen auf und ab und gab dem Mann, der im Wagen saß, Zeichen. Dieser Mann war etwa 1,65 bis 1,68 Meter groß, schlank und muskulös. Er hat dunkles, fast braunes, ins Schwarze schimmerndes volles Haar, ungefähr in der Mitte gescheitelt und an den Seiten und am Hinterkopf halblang gehalten, auffallend stark, aber den Rasenwurzeln fast zusammengewachsene Augenbrauen, dunkelbraune Augen, eine hervorstechende Adlernase, einen kleinen dunklen Bart (gestutzt, Bürste), fast mit den Mundwinkeln abschneidend und ein blaßes ovales höheres Gesicht mit scharf abgegrenzten Backenknochen. Der Mann ist etwa 24 bis 26 Jahre alt. Er trug einen braunen Ledermantel, der in der Mitte durch einen 3 bis 3½ Zentimeter breiten braunen Lederrücken zusammengehalten wurde. Der zweite Mann, der im Wagen saß, ist schlank, aber kleiner als der andere. Er hat blonde Augenbrauen, keinen Bart, blaue Augen und eine zierliche Nase, so daß das Gesicht ein fast mädchenhaftes Aussehen hatte. Auf der linken unteren Wange hat er oberhalb des Winkelnbogens nicht weit vom Mundwinkel entfernt eine deutlich sichtbare Narbe, die den Eindruck einer Schußnarbe machte. Seine Hände sind schlank und zierlich.

Der Beobachter hat später das beschriebene Automobil die Richtung nach Schmargendorf, Warmbrunner Straße einschlagen sehen. Es scheint, daß man es hier mit den Mördern zu tun hat. Die Nachprüfungen, die Oberregierungsrat Dr. Weiß gestern nachmittag mit der Mordkommission an Ort und Stelle vornahm, ergaben nichts, was gegen die Befundung des Zeugen spricht. Auf das beschriebene Auto und die beschriebenen Insassen als die mutmaßlichen Täter wird deshalb mit allen Mitteln gefahndet.